

Andreas Mölzer, Spitzenkandidat der FPÖ

Dieser Beitrag wird erst
im Laufe des 4. Mai zur
Verfügung stehen.

Wir bitten um Ihr Verständnis!

Ewald Stadler, Spitzenkandidat des BZÖ

Das BZÖ steht für die Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten

Nach dem Scheitern der Verfassung für Europa bzw. dem Vertrag von Lissabon ist eine ernsthafte Debatte über die Zukunft der EU notwendig. In diesem Zusammenhang bedarf es einer völligen Neuverhandlung eines Vertrags für die Bürger Europas mit dem Ziel der Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten (Kerneuropa der Nettozahler) anstatt der derzeit stattfindenden Forcierung eines europäischen Superstaates. Daraus ergibt sich im Sinne eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten für die Mitgliedstaaten eine Zugehörigkeit zum Bund Europäischer Staaten, zum weiteren Kreis jener Länder mit entsprechenden Assoziationsabkommen oder zum äußersten Kreis der Länder mit besonderer Partnerschaft. Im Zuge der Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten (Kerneuropa der Nettozahler) muß es zudem zu einer Neuordnung der Kompetenzen (Renationalisierung von Aufgaben), und einer tiefgreifenden und umfassenden Verschlinkung und Entbürokratisierung der Institutionen und Organe der EU sowie einem radikalen Privilegienabbau kommen.

Nationale Volksabstimmungen

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union wieder zu gewinnen, bedarf es einer nachhaltigen Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindungsprozesse und damit der Notwendigkeit der EU-weit verpflichtenden Verankerung direktdemokratischer Elemente. Bis zu einer vertraglichen Normierung der Abhaltung zeitgleicher nationaler Volksabstimmungen in allen EU-Staaten sind in den genannten Fällen in Österreich jedenfalls nationale Volksabstimmungen durchzuführen. Europa hat räumliche, finanzielle und kulturelle Grenzen, Nein zu einem Beitritt der Türkei. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird aufgrund massiver Defizite in den Bereichen demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Menschenrechte, der Rechte und Gleichberechtigung von Frauen und der Meinungsfreiheit abgelehnt. Die Türkei kann die für einen Beitritt erforderlichen Kriterien eine EU-Mitgliedschaft nicht erfüllen und ist zudem nicht Teil Europas. Anstelle eines Beitritts erscheint eher eine Zusammenarbeit in Form einer Partnerschaft mit Europa vor dem Hintergrund der geopo-

litischen Bedeutung der Türkei als sinnvoller und realistischer.

Sicherung der Handlungsfähigkeit der EU

Wir fordern eine Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU nach außen, mit Sicherheitsgarantie für die Mitgliedstaaten nach innen, bei gleichzeitiger Wahrung der absoluten Neutralität Österreichs. Eine Europaarmee wird daher auch entschieden abgelehnt.



Foto: BZÖ

Ewald Stadler
Spitzenkandidat des BZÖ

Europa muß energieunabhängig werden

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger treten wir daher für eine EU-weit akkordierte Erdgasbevorratung nach dem Vorbild Österreichs im Sinne der Einführung von Mindeststandards, sowie die Forcierung der Nutzung alternativer und erneuerbarer Energien durch die entsprechende Bereitstellung von finanziellen Mitteln und verstärkte Bewußtseinsbildung im Hinblick auf Energiesparmaßnahmen und der Nutzungseffizienz von Energie ein.

Einfrieren der EU-Beiträge...

Es muß in Fällen außergewöhnlicher ökonomischer oder nationaler Krisenfälle den Mitgliedstaaten möglich sein, die EU-Beiträge einzufrieren bzw. abzusenken um im eigenen Land die finanziellen Möglichkeiten zu haben, um entsprechend gegensteuern und helfend eingreifen zu können.

EU-weite Spekulationssteuer...

Wir wollen die Einführung einer EU-weiten Spekulationssteuer, mit der die kurzfristige Spekulation eingedämmt wird und die Wechselkurse von Handlungspapieren wieder

stärker die langfristigen realwirtschaftlichen Phänomene als die kurzfristigen spekulativen Erwartungen widerspiegeln. Diese EU-Steuer soll die Beiträge der EU-Mitgliedsstaaten kompensieren und somit auch den österreichischen Budgethaushalt und damit den österreichischen Steuerzahler spürbar entlasten. Allein mit einem Steuersatz von 0,01 % auf den Transaktionswert wären über 80 Mrd Euro jährlich zu erzielen, was zwei Drittel des derzeitigen EU-Budgets entspricht.

Ausbau der Kontrolle

Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, daß EU-Mittel ordnungsgemäß verwendet und wirtschaftlich verwaltet werden und die europäischen Institutionen effizient und kostensparend arbeiten.

Schutz mittelständischer Wirtschaft

Eine der dringlichsten Maßnahmen für KMU in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Ermöglichung des Zugangs zu Krediten und damit zu dringend notwendigem Investitionskapital. In diesem Zusammenhang ist die Abschaffung von Basel II, die Banken begünstigt, aber der Wirtschaft massiv schadet und damit Arbeitsplätze vernichtet, dringend erforderlich.

Einführung von Schutzzöllen...

Die steigende Kriminalität belegt: Schengen ist gescheitert, die Kontrolle der EU-Außengrenzen in den Oststaaten funktioniert nicht! Das BZÖ tritt daher im Sinne der Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen an Österreichs Grenzen ein, wie sie während der Fußball-Europameisterschaft bereits erfolgreich und effizient praktiziert wurden.

Bürokratie ab-, Bürgerrechte ausbauen

Für ein atomfreies Europa und eine Reform des Euratom-Vertrages, Für ein gentechnikfreies Österreich, Kein Zugriff auf unser Wasser

Das heimische Wasser muss in österreichischer Hand bleiben! Die EU und ausländische Investoren dürfen keinen Zugriff auf unsere Wasserressourcen bekommen, was durch eine rechtliche Absicherung der heimischen Wasserressourcen in Form entsprechender parlamentarischer Beschlüsse sicherzustellen ist.

<http://www.bzoe.at>